

Anlage

# STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Per E-Mail an die

1. **Kreisfreien Städte**
2. **hauptamtlich geführten Städte und Gemeinden**
3. **Verbandsgemeinden**

im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund  
Sachsen-Anhalt (SGSA)  
- Landesgeschäftsstelle -  
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300  
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: [post@sgsa.info](mailto:post@sgsa.info)  
Internet: [www.kommunales-sachsen-anhalt.de](http://www.kommunales-sachsen-anhalt.de)

Stadtsparkasse Magdeburg  
IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00  
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: Frau Thurmann  
Durchwahl: 0391 5924-390

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Datum

10-12-20 th

30.05.2018

## **Hass, Bedrohungen und Übergriffe gegen Amts- und Mandatsträger; Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf die E-Mail-Rundschreiben vom 25.02.2016 und 12.12.2017 sowie die KNSA-Beiträge Nr. 376 und 438/2016 sowie 099/2017. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat aus aktuellem Anlass ein zweiseitiges Positionspapier zum Thema: „*Hass, Bedrohungen und Übergriffe gegen Mandatsträger – Ursachen und Gegenstrategien*“, vorgelegt, das wir zur Information beifügen.

Mit freundlichen Grüßen

Heiko Liebenehm  
Erster Beigeordneter

**Anlage**

# HASS, BEDROHUNGEN & ÜBERGRIFFE GEGEN MANDATSTRÄGER URSACHEN & GEGENSTRATEGIEN



## URSACHEN

### 1. Verschärfung der politischen Auseinandersetzung in Art und Ton

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise sind die Art und Weise der Kommunikation aber auch der Ton der politischen Auseinandersetzung in Deutschland deutlich rauer geworden. In der Folge werden Wut und Ängste auf allen Seiten immer größer. Einige Medienvertreter, teilweise aber auch Politiker, betreiben eine Empör- und Betroffenheitspolitik, ohne den komplexen Zusammenhängen von gesellschaftsrelevanten politischen Entscheidungen auf den Grund zu gehen. Damit schüren jene Wut und Ängste weiter an. Es werden zu oft keine oder ganz einfache, radikale Lösungen propagiert, die in der Praxis nicht umzusetzen sind.

### 2. Wutverschärfung durch die Medien

Teilweise werden die Wutgefühle und Ängste durch Medienereignisse und Talkshows, in denen die Gäste „sich empören, rausgehen, wieder reinkommen“, beschleunigt und geschürt. Am nächsten Tag wird dann in den Medien nicht über die Inhalte, sondern über das „Ereignis“ geschrieben. Diese Reaktion bewirkt, dass in einer hitzigen Diskussion im Vergleich unkonventionelles und radikales Verhalten mehr Aufmerksamkeit generiert als belastbare Argumente.

### 3. Die sozialen Netzwerke als Resonanzraum

In den sozialen Netzwerken findet sich für jede noch so groteske Meinung ein Verbündeter, jede noch so schräge These findet ihre Belege, jeder menschenverachtende Aufruf zur Beleidigung, Bedrohung oder Selbstjustiz findet andere Nutzer, die liken, teilen und weiterverbreiten. Während früher die Wut an der Tür des Stammtisches endete, besteht heute über soziale Netzwerke die Möglichkeit, sich sekundenschnell Verbündete und darüber hinaus auch Anerkennung zu suchen und vor allem zu finden. Das stärkt das Gefühl „Das wird man doch mal sagen dürfen“. Hier steht nicht etwa der Austausch über Inhalte im Vordergrund, sondern die Suche nach Anerkennung durch Provokation und immer öfter auch das Brandmarken einzelner Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als Projektionsfläche für die eigene Unzufriedenheit.

### 4. Der Staat als reiner Dienstleister des Bürgers?

Der Spruch von John F. Kennedy „Frag nicht, was der Staat für dich tun kann, sondern was du für deinen Staat tun kannst“ gilt in Deutschland schon lange nicht mehr. Ein Großteil der Bürger sieht den Staat als reinen Dienstleister. Jener habe „gefälligst dafür zu sorgen, dass es mir persönlich gut geht und möglichst noch besser“. Und wenn das nicht schnell

genug ist, dann hat die Politik versagt. Die Erwartungshaltung, auch gegenüber kommunalen Mandatsträgern, ist gewaltig.

## 5. Schwindende Anerkennungskultur für politische Ämter

Durch das regelmäßige „Politiker-Bashing“, ob auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene, ist das Ansehen von Politik dramatisch gesunken. Es wird in der allgemeinen Wahrnehmung nicht zwischen Politikern auf Bundes, Landes- oder kommunaler Ebene differenziert. Lokale Politiker dienen vielfach als Projektionsfläche für einen allgemeinen Un-

mut gegenüber „den Politikern“ oder „der Politik“. Bisher sind Gegenstrategien leider nicht erkennbar. Umfrageergebnisse belegen sogar eher das Gegenteil. Nach letzten Umfragen vertrauen nur noch 43 Prozent der Bürgerinnen und Bürger auf den Rechtsstaat. Auch das Vertrauen in die Demokratie und ihre Repräsentanten droht Schaden zu nehmen. Dass es die Mandatsträger sind, die die Bürger selbst demokratisch gewählt haben und die sich tagtäglich für sie einsetzen und eine wesentliche Säule unserer Demokratie sind, scheint in der öffentlichen Wahrnehmung immer weniger präsent zu sein.

# GEGENSTRATEGIEN

## 1. Öffentlich und transparent diskutieren

Das Thema sollte in der Öffentlichkeit breit diskutiert werden. Was im Netz gesagt wird, wird in der Regel in diesem Tonfall im persönlichen Gespräch nicht eins zu eins wiederholt. Zudem kann in persönlichen Gesprächen viel mehr getrennt werden zwischen dem, was wirklich als Problem angesehen wird, und der Person, die für die Politik vor Ort steht. Die Probleme müssen ernst genommen und sachlich diskutiert werden, während zugleich persönliche Anfeindungen als Mittel der Kommunikation ausgeschlossen werden müssen.

## 2. Hasskriminalität nicht verschweigen

Zugleich ist zwingend in einer breiten Öffentlichkeit auf die aktuelle Situation von Kommunalvertretern und auch vielen Ehrenamtlichen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes aufmerksam zu machen, die digital oder ganz real bedroht und eingeschüchtert werden. Wir müssen alle Bürger für diese Zustände sensibilisieren, sie motivieren, den Betroffenen beizustehen und öffentlich für sie einzustehen.

## 3. Konsequente Verfolgung

Die Mandatsträger sollten immer wieder aufgefordert werden, die Vorgänge zur Anzeige zu bringen. Es sollten Schwerpunktstaatsanwaltschaften gebildet werden, um auch in der Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass die Vorgänge ernst genommen und verfolgt werden. Das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung sollte in jedem Fall bejaht werden, wenn Bedrohungen und Gewaltausübungen im Zusammenhang mit der Mandatsausübung geschehen. Über Verfahren und Verurteilung sollte breit berichtet werden.

## 4. Strafrechtsverschärfungen

Es sollte geprüft werden, Mandatsträger in Ausübung ihrer Funktion in den geschützten Personen-

kreis von § 113 StGB und § 114 StGB aufzunehmen. Auch das wäre ein klares Signal. Auch das sogenannte „Politiker-Stalking“ sollte weiterverfolgt werden. Der DStGB schlägt vor, den Stalking-Paragrafen um einen neuen „Straftatbestand Politiker-Stalking“ zu erweitern.

## 5. Bündnis gegen die Gewalt und für Toleranz

In Kooperation mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sollte ein Bündnis gegen die Gewalt und für Toleranz etabliert werden. Hier sollten die Probleme angesprochen und öffentlichkeitswirksam bearbeitet werden. Unter Einbindung von Medienvertretern sollte hier auch die Rolle der Medien genauer beleuchtet werden. Ein Kodex der Wertschätzung und der offenen gewaltfreien Kommunikation könnte ein Ergebnis eines solchen Bündnisses sein. Für den Zusammenhalt in unserer Demokratie ist die Verständigung auf Regeln unverzichtbar.

## 4. Öffentlichkeitskampagne

Wenn wir die Anerkennung von kommunalen Mandatsträgern und anderen Politikern fördern wollen, brauchen wir viel mehr Aufklärung, mehr politische Bildung in den Schulen, mehr offenen Austausch von Angesicht zu Angesicht. Auch können die Medien einen maßgeblichen Beitrag leisten, indem berichtet und dargelegt wird, wie Politiker arbeiten und was hinter ihrer Arbeit steckt. Politiker, die der Gesellschaft auch einen überwiegenden Teil ihrer Freizeit und ihres Privatlebens in die lokale Demokratie und damit in unsere Gesellschaft stecken, dürfen nicht allein gelassen werden. Die Mehrheit der Menschen dafür zu gewinnen, im Rahmen einer Kampagne für die Lokalpolitiker offen einzustehen und sich zugleich gegen Hasskriminalität zu positionieren, wäre ein wichtiges Symbol der breiten Unterstützung für unser demokratisches System und unsere demokratischen Werte.